

Soziale Netzwerke als demokratische Kraft retten

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild **frei** zu **äußern** und zu **verbreiten** und sich aus allgemein zugänglichen Quellen **ungehindert** zu **unterrichten**. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden **gewährleistet**.

—Grundgesetz, Artikel 5 Abs. 1 S. 1 u. 2

Das Grundrecht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, Presse- und Rundfunkfreiheit ist in Gefahr – und damit unsere Demokratie.

Im digitalen Raum lenken wenige vorwiegend US-amerikanische und chinesische Tech-Konzerne¹ Information und öffentliche Debatte. Deren Plattformen erlauben keinen ungehinderten Zugang: Denn Nutzende müssen für diesen Zugang **persönlichste Daten preisgeben**. Gleichzeitig filtern **Algorithmen** intransparent, was Nutzende zu sehen bekommen und was nicht – Algorithmen, die einzig den Gesetzen der Aufmerksamkeitsökonomie folgen, befreit von Gemeinwohlorientierung und journalistischen Qualitätsansprüchen. Mit einer Flut von **Hass, Häme, Hetze und Desinformation** zersetzen wenige Monoploplattformen unsere Demokratien und gefährden jeden Menschen².

Unabhängige Angebote verlieren derweil auf eigenen **Verbreitungswegen** zunehmend ihr Publikum und ihre **Finanzierungsgrundlage**: Journalismus wird zum Verlustgeschäft, weil Big-Tech-Konzerne den Großteil der Werbeeinnahmen vereinnahmen. Journalist*innen und Medienunternehmen müssen sich und ihre Inhalte den Plattformen und deren Algorithmen unterordnen. Auch einzelne Kreative und weitere Akteur*innen geraten in wachsende Abhängigkeit.

Die rasante Einführung von **generativer KI**³ beschleunigt diesen Prozess: Nutzende haben kaum noch Anlass, Webseiten einer Originalquelle zu besuchen, weil KI-gestützte Suchmaschinen die Inhalte zusammenfassen – auf Basis intransparenter technischer Prozesse, die den Tenor oder Aussagen verändern, oft unter vielfachem Urheberrechtsbruch. Diese KI-Dienste sind dazu angetan, die Vormachtstellung der Plattformkonzerne zu zementieren und journalistische Medien weiter zu marginalisieren, bevor sie aussterben.

Das freie Internet wird abgeschafft – es wurde von den Big-Tech-Monopolen übernommen.

Die wachsende Dominanz der Plattformkonzerne für Information und Austausch führt zu einer Konzentration von Meinungsmacht, die unsere Demokratie gefährdet.

Doch das Internet gehört uns allen, wir müssen es von der Dominanz der Monopolkonzerne befreien:

Die Unterzeichnenden sehen dringenden Handlungsbedarf für alle, für Unternehmen, Verbände, gesellschaftliche Institutionen und die Politik auf nationaler und europäischer Ebene. Demokratiestärkende Angebote müssen ausgebaut, demokratieschädliche Plattformmonopole sollten ihre massiven Privilegien umgehend verlieren.

Das Internet zurückerobern, Alternativen stärken!

Unsere Gesellschaft braucht andere Plattformen für soziale Vernetzung, Austausch und Debatte als die chinesischer und US-amerikanischer Monopolkonzerne. In den vergangenen 15 Jahren sind solche alternativen Netzwerke und Angebote entstanden (zum Beispiel Mastodon oder Friendica im Fediverse⁴). Sie können unsere Demokratie stärken, weil sie auf Basis **offener und anerkannter Standards**⁵ in **dezentralen Strukturen** gesellschaftlichen Austausch und Debatte fördern. Politik und Gesellschaft müssen diese Angebote stärken und ausbauen:

1

Wir stärken Alternativen mit guten Inhalten Mit öffentlichen Mitteln finanzierte Inhalte müssen vollständig zumindest *auch* auf diesen Plattformen verfügbar sein, denen offene und anerkannte Standards und Protokolle zu Grunde liegen. Politik, Behörden, Universitäten, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, aber auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk werden verpflichtet, alle Inhalte ausnahmslos zumindest *auch* auf diesen Plattformen zur Verfügung zu stellen. Sie müssen eigene Angebote wie Mediatheken über Protokolle für diese Plattformen öffnen.

2

Wir stärken Alternativen strukturell Öffentliche Institutionen (Politik, Behörden, Universitäten, Bibliotheken, öffentlich-rechtlicher Rundfunk und weitere) produzieren heute mit hohem Aufwand exklusive Inhalte für Instagram, TikTok und weitere Monopolplattformen. Sie werden künftig verpflichtet, mindestens mit demselben finanziellen und strukturellen Aufwand in die Herstellung von Inhalten und deren Distribution für diese offenen Digitalplattformen zu investieren. In regelmäßigen Abständen prüfen Aufsichtsgremien, ob der Anteil des Aufwands für offenen Plattformen vergrößert werden kann, ohne die erforderliche Reichweite der Angebote zu gefährden.

3

Wir investieren in die Entwicklung und Nutzbarkeit von Alternativen Bund und Länder werden verpflichtet, ihre Investitionen in die Entwicklung und Stärkung dieser offenen Plattformen und Protokolle sowie Angebote auf Basis dieser massiv auszuweiten. Ziel ist dabei insbesondere, deren Bedienbarkeit zu verbessern, Wachstum durch ausreichende technische Infrastruktur zu erlauben und die Marktdurchdringung durch Marketing zu erhöhen. Zudem schaffen Bund und Länder Bürger*innengremien, die die Anforderungen an solche demokratiestärkenden Angebote festlegen und überwachen.

4

Wir ermöglichen gemeinwohlorientierte Angebote Für Betreiber demokratiestärkender Plattformen und Angebote wird ein Rechtsrahmen geschaffen, in dem diese gemeinnützig operieren können⁶.

5

Wir verbessern die Medienbildung Bildungseinrichtungen, insbesondere Schulen und Träger von Medienkompetenz-Angeboten, werden verpflichtet, in erster Linie die Nutzung offener und demokratiestärkender Plattformen und Netzwerke zu vermitteln. Gleichzeitig wird die Nutzung von Hardware und Angeboten der Monopolplattformen in Bildungseinrichtungen eingeschränkt mit dem Ziel, diese möglichst ganz zu vermeiden. Zudem sollen Lehr- und Lerninhalte des staatlichen Bildungssystems auf offenen Plattformen zur Verfügung gestellt werden, sofern die Urheber*innen die nötigen Rechte eingeräumt haben.

Offenen Austausch ermöglichen, Meinungsfreiheit sichern!

Um unsere Demokratie zu stärken, sollten auch die Monopolplattformen fairen, diskriminierungsfreien Austausch für alle ermöglichen. Eine große Bandbreite von Instrumenten des Wettbewerbs-, Steuer- und Urheberrechts kann dabei helfen:

6 **Wir schaffen Vielfalt und Transparenz** Für große Plattformen werden Marktanteilsobergrenzen eingeführt, bei deren Überschreitung Unternehmensteile veräußert oder Inhalt und Verbreitungsweg getrennt werden müssen. Eine Digitalsteuer für Tech-Giganten⁷ wird erhoben, um eine demokratiestärkende Informations- und Diskussionsinfrastruktur sowie Qualitätsjournalismus zu finanzieren.

7 **Wir öffnen Plattformen** Große Plattformen müssen offene Standards und Interoperabilität zwischen Angeboten⁸ einführen, damit Nutzende Inhalte herstellerunabhängig nutzen können und bei einem Angebotswechsel eigene Inhalte nicht verlieren. Ein solcher Angebotswechsel muss auch durch vollständige Download-Möglichkeiten eigener Inhalte erleichtert werden.

8 **Wir ermöglichen Sichtbarkeit** Monopolplattformen bestrafen heute Links, die auf Angebote außerhalb dieser Plattformen wie eigene Webseiten verweisen, beispielsweise durch geringere Reichweite oder weniger Sichtbarkeit. Solche Outlinks dürfen künftig in der Verbreitung von Inhalten nicht mehr zu einer Benachteiligung führen, damit Nutzende ohne Nachteile auf Angebote außerhalb der Plattformen verweisen können. Zur Überprüfung müssen große Plattformen ihre Algorithmen transparent offenlegen.

9 **Wir geben Communities eine echte Stimme** Unabhängige Aufsichtsgremien müssen die Einhaltung der oben genannten Maßnahmen überwachen mit dem Ziel, Monopolstellungen, strafbare Äußerungen und gezielte Desinformation und Wahlmanipulation einzudämmen. Die Plattformen müssen über mehrere Wege einfach erreichbare Ansprechpersonen beschäftigen, die bei Account-Sperrung, Hass oder Verleumdung schnell agieren.

10 **Wer Geld mit Inhalten verdient, muss Verantwortung übernehmen** Bis heute dürfen Plattformen sogar strafbare Inhalte (Rassismus, Diskriminierung, Holocaustleugnung etc.) zu Geld machen. Das Haftungsprivileg für besonders große Plattformen⁹ kommt auf den Prüfstand. So, wie Medienkonzerne Inhalte presserechtlich verantworten, müssen Plattformen für ihre Inhalte Verantwortung übernehmen und haften.

SAVESOCIAL . EU

Alle Unterzeichnenden sehen
und selber unterzeichnen!

¹ wie Meta (mit Facebook, Instagram oder WhatsApp), X (vormals Twitter), Microsoft (LinkedIn), ByteDance (TikTok) oder das schwedische Spotify.

² Unter anderem durch zunehmende Abhängigkeit, falsche Körperbilder, die Verbreitung von Hass und Hetze sowie die Verstärkung der gesellschaftlichen Polarisierung

³ wie Chat-GPT, Perplexity AI, Microsoft AI oder Google Gemini, Dall-E2, Llama-3 oder andere

⁴ zum Fediverse und dessen verschiedenen Angeboten: <https://de.wikipedia.org/wiki/Fediverse>

⁵ Das W3C hat unter anderem das Protokoll „ActivityPub“ für soziale Online-Interaktion anerkannt, das in einer Dezentralen Struktur Vernetzung und Austausch erlaubt. Angebote wie Mastodon, Friendica oder Peertube basieren auf diesem Protokoll.

⁶ Mastodon hat in Deutschland 2024 die Gemeinnützigkeit verloren und in den USA eine Nonprofitorganisation gegründet.

⁷ nach französischem Vorbild

⁸ wie RSS, CardDAV, ActivityPub, JSON etc.

⁹ In den USA wurde 1996 im Communications Act von 1934 unter „Section 230“ eine Regelung festgeschrieben, die als „Communications Decency Act“ generell Immunität für Online-Computerdienste in Bezug auf von ihren Nutzern erzeugte Inhalte Dritter vorsieht. Diese Regel sollte für „sehr große Plattformen und Suchmaschinen“ nach dem Digital Services Act der Europäischen Union nicht mehr gelten.